



Maskenpflicht in Bussen und Bahnen

In Bussen und Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Bayern wird die Maskenpflicht auf absehbare Zeit weiter gelten. FDP und AfD scheiterten im Landtag mit Dringlichkeitsanträgen, in denen deren Abschaffung auch dort gefordert wurde. FDP-Fraktionschef Martin Hagen begründete die Forderung mit den kontinuierlich sinkenden Corona-Fallzahlen. Dies erlaube es, „die Rückkehr zur Normalität konsequent fortzusetzen“. Ralf Stadler (AfD) ergänzte, gerade bei den jetzt sommerlichen Temperaturen sinke die Akzeptanz der Fahrgäste, in Bussen und Bahnen Maske zu tragen. Dem widersprach vor allem Bernhard

Seidenath (CSU) energisch. Die Corona-Fallzahlen seien weiter hoch, es müsse zudem von einer hohen Dunkelziffer an infizierten Personen ausgegangen werden. „Die Gesundheit steht für uns im Mittelpunkt, wir müssen weiter auf den Infektionsschutz achten“, sagte er. Die Schutzwirkung von Masken sei in mehreren wissenschaftlichen Studien eindeutig belegt worden. Insofern wäre die Abschaffung der Maskenpflicht im ÖPNV „fahrlässig“. Je nach weiterer Entwicklung könne aber debattiert werden, ob das Tragen einer medizinischen Schutzmaske ausreiche. Peter Bauer (Freie Wähler) erklärte, Maske zu

tragen, sei präventiver Gesundheitsschutz, der bei Corona weiter nötig sei. Für die Grünen warnte Christina Haubrich vor einem falschen Signal. Die Abschaffung der Maskenpflicht im ÖPNV könne der Eindruck erwecken, dass die Pandemie vorbei sei. Tatsächlich gebe es in Bayern aber im täglichen Durchschnitt noch rund 20 Corona-Tote. Vor diesem Hintergrund sei die Maskenpflicht „sinnvoll, verhältnismäßig und zumutbar“. Ruth Waldmann (SPD) betonte, die Wirksamkeit der Maske bei vielen Menschen für längere Zeit auf engem Raum sei belegt.

Jürgen Umlauf